
FDP Hessen

EEG MUSS ABGESCHAFFT WERDEN.

08.10.2015

Für die Abschaffung des planwirtschaftlichen EEGs zugunsten eines marktwirtschaftlich orientierten Zertifikatehandels hat sich der Landesvorsitzende Stefan Ruppert beim Energieforum der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU) ausgesprochen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Klimaschutz geht günstiger! Keine weiteren Subventionszusagen für neue EEG-Anlagen!“ und erörterte die deutsche Klimapolitik aus ökonomischer, wissenschaftlicher und politischer Perspektive.

Ruppert diskutierte gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Herbert Reul (CDU), der Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) und der Landtagsabgeordneten Angela Dorn (Grüne). Der Präsentation der politischen Standpunkte vorausgegangen waren Impulsreferate des Geschäftsführers einer hessischen Eisengießerei sowie eines Professors für Wirtschaftswissenschaften. Deutlich wurde der Wunsch der Wirtschaft nach einem verlässlichen und marktwirtschaftlich organisierten Instrument, das CO₂-Reduktion zu möglichst geringen Kosten garantiert. Viele Unternehmen, die sich ihrer ökologischen Verantwortung bewusst sind, sehen sich durch ständige Kurswechsel in der Energie- und Klimapolitik um Ihre Planungssicherheit gebracht. Der Ruf nach mehr Markt und Wettbewerb war nicht zu überhören. Die Energiewende könne nur Vorbildcharakter haben, wenn die Kosten nicht aus dem Ruder liefen. Hier sah sich Ruppert in bester Gesellschaft, fordert die hessische FDP doch schon lange eine vernünftige Energiepolitik, die bezahlbare und sichere Energie ermöglicht.

[Videostatement von Stefan Ruppert](#)

[Pressemitteilung der VhU](#)

